



Datum der Sitzung:

Tagesordnungspunkt: ☐

☒ öffentlich ☐ nicht öffentlich ☐ Dringlichkeit

Beratungsgegenstand: Satzung des Amtes Unterspreewald über die Erhebung von Verwaltungsgebühren – Verwaltungsgebührensatzung

Einreicher der Vorlage	Vorlagennummer	Datum
Amtsdirektor	1-2023	24.01.2023

A. Beschlussvorlage:

Der Amtsausschuss beschließt:

die Satzung des Amtes Unterspreewald über die Erhebung von Verwaltungsgebühren – Verwaltungsgebührensatzung.

Begründung der Beschlussvorlage:

Die Verwaltungsgebührensatzung des Amtes Unterspreewald vom 12.08.2022 bedurfte einer Aktualisierung, da die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (nachfolgend KGSt) mit dem Bericht 11/2022 die aktuellen „Kosten eines Arbeitsplatzes 2022/2023“ veröffentlichte und die neuen Sätze entsprechend zu berücksichtigen sind. Zudem wurde hinsichtlich der immer komplizierteren Weiterverarbeitung von bestimmten Zahlungsmittel, wie beispielsweise dem Scheck, eine Gebühr hierzu aufgenommen.

Darüber hinaus steht der aktuelle Verwaltungsaufwand zum Beitreiben von Kleinstgebühren in einem unausgewogenen Verhältnis.

Rechtliche Würdigung

Die Gemeinden sind verpflichtet, die von ihnen unterhaltenen öffentlichen Einrichtungen in vollem Umfang durch Entgelte (Gebühren) zu finanzieren. Die Höhe einer jeden Verwaltungsgebühr hat gemäß dem § 5 Kommunalabgabengesetz für das Land Brandenburg (nachfolgend KAG) in Verbindung mit den entsprechenden Verwaltungsvorschriften das Äquivalenz- und das Kostendeckungsprinzip zu berücksichtigen.

Demnach werden solche Abgaben als Gegenwert bzw. Ausgleich für staatliche (hier kommunale) Leistungen bzw. als Kompensation staatlicher (hier kommunaler) Kosten aufgefasst.

Die Höhe der Gebühr darf nicht in einem offensichtlichen Missverhältnis zum Wert der Verwaltungsleistung für den Gebührenpflichtigen stehen. Das veranschlagte Gebührenaufkommen soll den kalkulierten Kosten entsprechen. Sie soll weder erheblich unter dem Niveau der voraussichtlichen Kosten für die Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtung liegen noch darüber. Die erhobene Gebühr muss zu der erbrachten Leistung in einem angemessenen Verhältnis stehen. Durch das Kostendeckungsprinzip wird eine Höchstgrenze vorgesehen.

Umsetzungshinweis

Die kalkulierten Gebühren basieren auf den ermittelten Zeitanteilen je Vorgang/

Gegenstand, die sich aus den aktuellen Vorgaben zu den „Kosten eines Arbeitsplatzes 2022/2023“, gemäß KGSt ergeben. (Der KGSt-Bericht unterliegt dem Datenschutz und kann daher nicht beigefügt werden.)

Im § 2 Absatz 5 wurde der Hinweis zum Umgang mit der Umsatzsteuer gemäß § 2b Umsatzsteuergesetz ergänzt.

Unter § 6 Abs. 2 wurden die Kleingebühren, welche zukünftig im Voraus oder direkt bei Abschluss der Dienstleistung fällig werden, als Aufzählung ergänzt. In der Anlage 1 wurden Korrekturen hinsichtlich einzelner Leistungen vorgenommen. So wurde unter 1.5 die „Scheckeinreichung“ und unter 5.3 die Selbstauskunft zur Steuer-ID aufgenommen. Der alte Punkt 5.3 „Entfernung unerlaubter Plakate wurde entfernt, da dies in der Sondernutzungssatzung bereits hinreichend definiert ist.

Zudem wurden die Zeiteinheiten soweit möglich auf „je angefangene Viertelstunde“ vereinheitlicht.

Hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen auf den Haushalt lassen sich keine verlässlichen bzw. konkreten Angaben machen. Unter der Annahme, dass die bisher nachgefragten Leistungen auch zukünftig in gleicher Art und Menge abgefordert werden, ist davon auszugehen, dass sich keine (wesentlichen) Mindereinnahmen bei den diversen, betroffenen Produkten und Sachkonten ergeben werden. Die Personal- und Sachkosten bei der Weiterverarbeitung von erhaltenen Schecks sowie bei der Einforderung der Kleinstgebühren für bestimmte Dienstleistungen werden voraussichtlich sinken.

Die Benutzungsgebühren z.B. für Turnhallen und Dorfgemeinschaftshäusern, werden weiterhin in eigenständigen Regelungen je Objekt/Gegenstand geführt.

Hinweis:

Finanzielle Auswirkungen

☒ Ja ☐ Nein

Die Mittel stehen bei dem Produktsachkonto: diverse Ertragskonten im Ergebnishaushalt Finanzhaushalt i. H. von unbestimmt € zur Verfügung.

Die Mittel sind im Nachtragshaushalt _____ einzustellen.

Die Maßnahme verursacht Folgekosten in Höhe von : _____ € einmalig
 _____ € jährlich
☐ keine Folgekosten

Zugunsten der Maßnahme werden andere Mittel eingespart ☐ Ja ☒ Nein

Bei Vergaben:

Geplante Ausgaben in dem Produktsachkonto _____ in Höhe von _____ €
 noch verfügbare Mittel _____ €
 Vergabevorschlag _____ €.

Anlagen

Entwurf der Satzung des Amtes Unterspreewald über die Erhebung von Verwaltungsgebühren – Verwaltungsgebührensatzung 2023 mit Anlage 1

Datum

Unterschrift des Amtsdirektors
Marco Kehling

B. Beschluss: Der Amtsausschuss beschließt:

- ☐ nach dem Wortlaut der Beschlussvorlage
- ☐ in Abänderung des Wortlautes der Beschlussvorlage wie folgt:

Begründung des Beschlusses bei Abänderung des Wortlautes der Beschlussvorlage oder Ablehnung der Beschlussvorlage

Abstimmungsergebnis:

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

An der Beratung und Beschlussfassung haben wegen eines Mitwirkungsverbotes gemäß § 22, 140 BbgKVerf nicht teilgenommen:

--	--	--

Sichtvermerk/Datum:

Amtsleiterin/Amtsleiter	Amtsdirektor	Vorsitzender des Amtsausschusses
-------------------------	--------------	----------------------------------